parlamentsreport

Sonderausgabe
Februar/März — 2020

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

2 Azubis fahren gut und günstig in Thüringen
3 Die Gefahr ist noch lange nicht gebannt
4 Aus der Debatte für mehr direkte Demokratie
7 Grundschule und Hort gehören zusammen

„Für mich bleibt es dabei“

Aus dem Tagebuch von Bodo Ramelow ein Auszug aus gegebenem Anlass

Auf seiner Internetseite führt Bodo Ramelow auch ein Tagebuch, übrigens bereits seit April 2008. An dieser Stelle und aus gegebenem Anlass ein Auszug aus seinem Eintrag vom 13. Februar 2020:

Eine Woche ist nun vergangen seit der Thüringer Landtag mit den Stimmen von AfD, CDU und FDP Herrn Thomas L. Kemmerich zum Thüringer Ministerpräsidenten gewählt hat. Ich würde lügen, wenn ich behaupten würde, dass die Ereignisse der vergangenen Woche spurlos an mir vorbeigegangen wären. Bis zuletzt hätte ich es nicht für möglich gehalten, dass eine Mehrheit im Landtag den heimlichen oder offenen Pakt mit der AfD in Kauf nimmt, um mich als Ministerpräsidenten abzuwählen. Und ja, damit verbindet sich bei mir auch eine menschliche Enttäuschung.

Es geht aber zunächst überhaupt nicht um mich. Für das, was in den Tagen nach der Wahl passiert ist, müssen jene die Verantwortung übernehmen, die es dazu haben kommen lassen. Planlos ist dabei beinahe noch der harmloseste Begriff, der einem einfällt, wenn man die Vorgänge betrachtet. Schon jetzt ist unserem Land großer politischer Schaden entstanden. Letztlich ist es dem Verantwortungsbewusstsein der Staatssekretärinnen und Staatssekretäre von LINKEN, SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu verdanken, dass der Freistaat nicht völlig dem Chaos anheimfällt. Ich kann das nicht anders nennen.

Jene, die mich nicht gewählt haben, haben ihr demokratisches Recht wahrgenommen. Üblicherweise verbindet sich mit der Kandidatur für das Amt des Ministerpräsidenten jedoch mehr als „Ramelow muss weg!“. Rot-Rot-Grün hat einen Koalitionsvertrag geschlossen, der explizit CDU und FDP eine Einladung unterbreitet hat, das Land gemeinsam zukunftsfest zu gestalten. Für mich bleibt es aber dabei, dass ich mit Parteien, die weder ihr Verhältnis zur deutschen Verantwortung für Faschismus und Holocaust noch zu unserem demokratischen Gemeinwesen klären, nicht zusammenarbeite oder mich gar von ihnen abhängig mache.

Was 1924 mit der Duldung eines bürgerlichen Kabinetts in Thüringen durch Nationalsozialisten begann, endete 1945 in der Katastrophe. Und Teile der AfD meinen heute, dass diese Zeit ein „Vogelschiss“ gewesen sei und wir eine „180-Grad-Wende in der Erinnerungskultur“ bräuchten. Und wenige Tage vor dem 5. Februar gedachten wir im Landtag gemeinsam mit Überlebenden aus Buchenwald der Opfer des Holocaust.

Ich bin dankbar dafür, dass viele Menschen ihre Stimme erhoben und protestierten: Wir überlassen dieses Land, diese Gesellschaft nicht der AfD! Wir streiten für eine lebendige, offene, demokratische Gesellschaft, in der eine Vielfalt der Meinungen und Ansichten selbstverständlich ist, aber eben auch klar ist, dass die Grenze genau dort gezogen werden muss, wo Rassismus und Antisemitismus Normalität werden oder Menschenfeindlichkeit Einzug hält.

www.bodo-ramelow.de/

„Natürlich lieber schnelle Neuwahlen“

Susanne Hennig-Wellsow nach der Entscheidung von Christine Lieberknecht

Die Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE, Susanne Hennig-Wellsow, in einem Statement vor den Journalisten im Landtag am 19. Februar nach der Entscheidung der früheren CDU-Ministerpräsidentin Christine Lieberknecht:

Mein hoher Respekt vor Christine Lieberknecht, die eindeutig für sich eine Entscheidung getroffen hat, den Weg der CDU nicht mitzugehen, sondern an der Seite von Bodo Ramelow steht. Aus unserer Sicht gibt es jetzt zwei Möglichkeiten. Das eine ist, eine rot-rot-grüne Minderheitsregierung mit Bodo Ramelow zu stützen. Die Variante, die uns lieber ist, ist natürlich schnelle Neuwahlen und endlich wieder stabile Mehrheiten in Thüringen zu schaffen. Die zwei Möglichkeiten gibt es, die werden wir versuchen, auch mit der CDU weiter zu verhandeln.

Und noch mal mein Respekt vor Christine Lieberknecht und mein Bedauern auch, dass sie zurückgezogen hat. Sie hat ja nochmal deutlich gemacht, der Ramelow-Vorschlag, also schnelle Neuwahlen beschließen, Übergangsregierung 70 Tage, Neuwahlen abhalten, dann eine neue Regierung bilden, dass das aus ihrer Sicht sehr viel Sinn hat und sie für alles Weitere nicht zur Verfügung steht. Insofern haben wir zumindest eine klare Situation“, so die LINKE-Fraktionsvorsitzende.

Konsequente Ächtung rassistischer Hetze

LINKE-Abgeordnete: Durch die AfD befeuertem Rechtsruck mit aller Kraft entgegensteuern

Nach dem rassistisch motivierten Terroranschlag in Hanau am 20. Februar hatten zahlreiche LINKE Politikerinnen und Politiker ihre Anteilnahme und Solidarität mit den Hinterbliebenen der Opfer ausgedrückt, eine konsequente Ächtung rechter und rassistischer Hetze und eine zügige Entwaffnung aller Personen gefordert, bei denen Anhaltspunkte für rassistische, antisemitische und neonazistische Hintergründe vorliegen.

In einer gemeinsamen Pressemitteilung erklärten Katharina König-Preuss (Landtagsfraktion Thüringen), Martina Renner (Bundestagsfraktion) und Hermann Schaus (Landtagsfraktion Hessen): Die rechtsterroristischen Anschläge des NSU, beim Olympia-Einkaufszentrum München, am 9. Oktober in Halle und der Mord an Walter Lübcke haben deutlich gemacht, wie schnell aus Worten Taten werden. So lange der täglichen rechten und rassistischen Hetze, vor allem durch die AfD befeuert, nicht konsequent begegnet wird, so lange werden sich Täter ermutigt fühlen. Die Bundesregierung und die Länder müssen jetzt noch deutlich mehr Anstrengungen unternehmen, extrem rechte und rassistische Straftaten zu ahnden und die Entwaffnung von Neonazis, rechten Verschwörungstheoretikern und Reichsbürgern voranzutreiben."

Das Bekennerschreiben zur Tat von Hanau offenbare die gleiche Ideologie, wie sie von Neonazis aber auch von Höcke mit seiner AfD verbreitet werde. „Die jahrelange Akzeptanz und das Hofieren der AfD und ihrer menschenverachtenden Positionen haben sie gesellschaftsfähig gemacht, sie sind mitverantwortlich für diese Entwicklung. Es ist längst an der Zeit, die Reißleine zu ziehen und mit aller Kraft dem Rechtsruck entgegenzusteuern", so die LINKE-Politiker*innen.

Foto: ©Linksfraktion Thüringen

Maßnahmepaket

Soziales Wohnen

Das Berliner Rechtsgutachten zur Zulässigkeit von Landesregelungen zur Mietpreisgestaltung bestätigt die LINKE in Thüringen, ihre Arbeit an einem Maßnahmenpaket zur Stärkung des sozialen Wohnens voranzutreiben. Nach dem Gutachten haben die Bundesländer das Recht, gesetzlich selbst aktiv zu werden. Gutes Wohnen ist Menschenrecht und die Stärkung des sozialen Wohnungswesens in Thüringen ein Kernanliegen der LINKEN. Mit Blick auf die Staatsziele in der Thüringer Verfassung zur Förderung des sozialen Wohnens und des Schutzes vor Obdachlosigkeit besteht hier eine besondere Verpflichtung.
Die LINKE im Thüringer Landtag hat ein ganzes Maßnahmenpaket in Arbeit. Darunter ist auch ein Landesgesetz zur Stärkung des sozialen Wohnungswesens. Es geht darum, die Kommunen für kontinuierlichen und angemessenen sozialen Wohnungsbau in die Pflicht zu nehmen. So soll Kommunen oder Genossenschaften Handlungssicherheit und verlässliche finanzielle Unterstützung gegeben werden. Es geht uns auch um die weitere Entwicklung einer Landeswohnungsgesellschaft, die bessere Absicherung des sozialen Wohnungsbaus als Teil der Landesentwicklung und der Bauleitplanung. Darüber hinaus sollen Zweckentfremdung und Fehlbelegung wirksam verhindert werden und vor allem die Mietpreise sozial gesichert werden. Gestärkt werden damit die Mieterbelange und die Mitbestimmung.
Ute Lukasch, Wohnungspolitikerin der Linksfraktion

In Thüringen können (fast) alle Azubis vergünstigt fahren

Petition für das Thüringer Azubi-Ticket auch im Landkreis Greiz

Zu den Petitionen, die auf der Petitionsplattform der Internetseite des Thüringer Landtags mitgezeichnet werden können, gehört seit dem 20. Januar das Verlangen nach Einführung des vergünstigten Azubi-Tickets Thüringen auch im Landkreis Greiz. Kommen mindestens 1.500 Unterschriften zusammen, kann eine öffentliche Anhörung stattfinden. Die Mitzeichnungsfrist endet am 2. März.

Mit der Petition soll für die Gleichberechtigung aller Auszubildenden in Thüringen gesorgt werden, heißt es auf der Internetseite. Der Landkreis Greiz ist im Freistaat der einzige Kreis, der bisher die Einführung des Azubi-Tickets verweigert.

Bereits zwei Mal war durch eine Initiativgruppe ein Bürgerbegehren zur Einführung des Azubi-Tickets eingereicht worden, die Verwaltung des Landkreises Greiz hatte es jedoch jedes Mal abgelehnt. Mit dem Azubi-Ticket können Auszubildende für den Preis von 50 Euro pro Monat quer durch Thüringen fahren, mit der Bahn und mit Bussen im Gebiet des Verkehrsverbundes Mittelthüringen (VMT). Dieser umfasst die Städte Erfurt, Weimar, Jena und Gera sowie die Landkreise Gotha, Weimarer Land und den Saale-Holzland-Kreis.

Eigentlich müssten Auszubildende für ein Monatsticket 179,44 Euro bezahlen. Die Differenz von 129,44 Euro übernimmt der Freistaat Thüringen. Mit der Einführung dieses Azubi-Tickets Thüringen im Landkreis Greiz stünde auch dort den Auszubildenden eine durchgängige günstige Reisekette durch ganz Thüringen mit nur einem Fahrschein zur Verfügung. Für die rund 2.000 Azubis im Landkreis Greiz würde der Öffentliche Personennahverkehr damit wesentlich attraktiver.

Anja Müller, die Sprecherin für Petitionen der Linksfraktion sowie Vorsitzende des Petitionsausschusses im Thüringer Landtag, befürwortete ausdrücklich das Anliegen. Es könne nicht sein, dass Greiz als einziger Landkreis in Thüringen die Einführung des vergünstigten Azubi-Tickets verhindert. „Es ist traurig, wie Landrätin Martina Schweinsburg - die CDU-Politikerin ist zugleich Präsidentin des Thüringischen Landkreistages - nun bereits seit eineinhalb Jahren ihre Missgunst gegen eine erfolgreiche Initiative der Landesregierung auf dem Rücken der Auszubildenden auslebt."

Auch Ute Lukasch, ebenfalls Mitglied im Petitionsausschuss, unterstützt die PetentInnen aus ihrem Wahlkreis. „Damit wird der Druck erhöht, denn es geht doch auch um die Gleichberechtigung für die Auszubildenden in ganz Thüringen. Ich kann nur alle ermutigen, die Petition zu unterschreiben, damit wir dem Anliegen über den Thüringer Landtag mehr Gehör verschaffen", betonte die Abgeordnete, die in Greiz ein Wahlkreisbüro hat.

https://petitionen.thueringer-landtag.de/

In Alarmbereitschaft bleiben

Dies ist eine Kampfansage an die offene Gesellschaft/Gefahr noch lange nicht gebannt

Die Wahl eines FDP-Ministerpräsidenten mit den Stimmen der AfD hat die Zivilgesellschaft auf die Straße gebracht. Sie muss in Alarmbereitschaft bleiben, denn die Gefahr ist lange nicht gebannt.

Kurz nachdem sich Thomas Kemmerich am 5. Februar mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten von Thüringen wählen ließ, fanden sich in Erfurt spontan rund 1.000 Personen vor dem Landtag ein. Sie einte die Fassungslosigkeit angesichts des Dammbruchs und der Protest gegen das unverantwortliche Vorgehen von FDP und CDU. Einige hatten eilig beschriebene Pappschilder dabei, andere kurzerhand ein Tischtuch besprüht und als Transparent umfunktioniert. Mit einer machtvollen Demonstration bewegten sie sich zur Staatskanzlei und riefen dort in Sprechchören „Bodo ans Fenster“, anschließend wurde eine Menschenkette um das Gebäude gebildet. Landesweit gingen mehr als 3.000 Personen auf die Straße und auch in anderen Bundesländern gab es Proteste, ohne dass es dafür Aufrufe von Parteien oder Verbänden bedurfte. Besondere Momente an einem denkwürdigen Tag, denn auch der vielfältige Protest der Zivilgesellschaft in Thüringen und bundesweit verhinderte, dass Kemmerichs Wahl mit den Stimmen der faschistischen AfD als normaler demokratischer Vorgang durchging.

In der extrem rechten Szene hingegen herrscht bundesweit Feierstimmung angesichts der Verhinderung von Bodo Ramelow als Ministerpräsident mit den Stimmen der AfD, des vorläufigen Endes des rot-rot-grünen Projektes und der „Enttarnung“ des Parlaments als von den Rechten verhasste „Quasselbude“. Die Vorgehensweise gehört zu den bekannten Taktiken der Neuen Rechten, die Höckes Freund und Mentor, Götz Kubitschek, schon 2006 dargelegt hatte: „Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“ Man hätte es also wissen können, doch die so oft zitierte „Mitte“ hat noch immer nicht die Dimension der „konstruktiv-destruktiven“ Strategie der AfD realisiert. Die Thüringer Ereignisse und das Paktieren mit Faschisten sind aber noch mehr als das, sie sind eine Aufkündigung der Solidarität mit Minderheiten in diesem Land, die viel über die Auswirkungen des Rechtsrucks erzählen können. Die Mehrheitsgesellschaft sollte lieber ihnen und den Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt zuhören statt permanent mit Rechten reden zu wollen.

Denn der Dammbruch in Thüringen hallt bundesweit als Zustimmung zur Kampfansage gegen eine plurale, demokratische und multikulturelle Gesellschaft nach. Die Folgen dieser Kampfansage müssen auch diejenigen fürchten, die sich für eine solche Gesellschaft engagieren. Dabei steht die antifaschistische Zivilgesellschaft im andauernden Rechtsruck schon lange im Visier der Partei um den Faschisten Björn Höcke mit ihren Netzwerken, Anhänger*innen und Sympathiesant*innen. Doch auch die herbeihalluzinierte „Mitte“ trägt diese Ziele mit, wenn sie sich weiterhin mit einer wissenschaftlich längst widerlegten Extremismustheorie am notorischen Beißreflex von CDU und FDP gegen alles beteiligt, was vermeintlich „links“ ist. Schon wird in rechten Medien über Schritte nachgedacht, von Rechten ausgemachte rot-rot-grüne „Klüngelnetzwerke im Land aufzulösen“.

Insofern muss das Vorgehen der AfD und der Pakt mit der Partei auch als Angriff auf Teile der Zivilgesellschaft sowie ihre Infrastruktur und Projekte begriffen werden, die der extrem rechten Partei ohnehin ein Dorn im Auge sind. Auch für die „Mitte“ mit ihrer extremismustheoretischen Hufeisen-Theorie wäre es ein willkommenes Unterfangen, unbequemen Teilen der Bevölkerung das Wort zu verbieten.

Ob es so weit kommt, ist nach den Reaktionen der Öffentlichkeit auf den Erfurter Dammbruch ungewiss. Doch die Tür, die FDP und CDU zur AfD geöffnet haben, wird sich so schnell nicht wieder schließen – und entgegen anderslautender Aussagen auf Bundesebene dürfte dies zumindest Teilen der CDU gefallen.

Kai Budler

18.000 Menschen waren am 15. Februar in Erfurt auf die Straße gegangen, um gegen Diskriminierung, rechte Ideologien und den Tabubruch im Thüringer Landtag zu demonstrieren.

» Pädagogen

Wie die Staatssekretärin im Thüringer Bildungsministerium Gabi Ohler mitteilte, erhielten seit Jahresbeginn 251 Pädagogen einen unbefristeten Arbeitsvertrag. Weitere 91 Lehrer wurden befristet eingestellt. Im Vorjahreszeitraum hatten 228 Lehrer eine unbefristete Stelle im Schuldienst erhalten. Um alle Lehrer zu ersetzen, die in diesem Jahr in Rente gehen, sind voraussichtlich 900 Neueinstellungen nötig. Im vergangenen Jahr traten nach Angaben des Ministeriums 1137 neue Lehrer ihre Stellen an. Ausgeschrieben sind momentan 193 unbefristete und 100 befristete Stellen. Alle offenen Stellen stets aktuell unter:
erste-reihe-thueringen.de

» Flüchtlinge

Für Flüchtlinge und Migrant*innen in Thüringen und deren Familien, die auf eine Entscheidung der Härtefallkommission warten, hat die Regierungskrise massive und nicht akzeptierbare Folgen. „Es darf nicht sein, dass die zur Zeit nicht vorhandene reguläre Besetzung der Funktion des Justizministers dazu führt, dass die Härtefallkommission nicht arbeiten kann und so dringend notwendige humanitäre Lösungen für Flüchtlinge und Migrant*innen in Thüringen nicht stattfinden können“, erklärten LINKE-Abgeordnete Anja Müller als Mitglied der Härtefallkommission und ihr Abgeordnetenkollege Patrick Beier als migrationspolitischer Sprecher der Linksfraktion.

» Tempolimit

„Ein allgemeines Tempolimit würde maßgeblich zur Verkehrssicherheit beitragen, die Schwere von Unfallfolgen verringern sowie Kraftstoffverbrauch und CO_2-Emissionen reduzieren. Durch Angleichung der Geschwindigkeiten würde sich zudem die Kapazität je Fahrstreifen erhöhen und die Staugefahr verringern“, so Dr. Gudrun Lukin, verkehrspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Thüringer Landtag. Die Angleichung des Tempolimits auf deutschen Bundesautobahnen würde auch zu einer Vereinheitlichung der europaweiten Verkehrsverhältnisse beitragen. Laut aktuellen Umfragen begrüßen dies inzwischen rund 59 Prozent der Bevölkerung.

» Jubiläumsmesse

Die 30. Thüringen Ausstellung auf der Erfurter Messe findet vom 29. Februar bis zum 8. März statt und bietet ein großes Programm: Mehr als 750 Aussteller in vier Hallen mit neuen Produkten und nützlichen Dienstleistungen, drei integrierte Messen, zwei Familienwochenenden, Thementage und jede Menge Unterhaltung für Groß und Klein.
Die Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag ist auch in diesem Jahr wieder dabei, diesmal mit einem eigenen Informationsstand in der Messehalle 1. „Wir möchten Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen, mit uns ins Gespräch zu kommen“, betont die Fraktionsvorsitzende Susanne Hennig-Wellsow.

Zahlen und Fakten

Einstellungen zur Demokratie

Der Thüringen-Monitor 2019, der im Dezember im Landtag debattiert wurde, setzt die Langzeitstudie zur politischen Kultur im Freistaat Thüringen fort, die seit dem Jahr 2000 jährlich die Entwicklung der Demokratiezufriedenheit, der Demokratieunterstützung und der politischen Einstellungen der Thüringer Bevölkerung untersucht. Die von der Thüringer Staatskanzlei in Auftrag gegebene Untersuchung basierte auf einer repräsentativen telefonischen Befragung von 1.100 wahlberechtigen Thüringer*innen, die zwischen dem 27. Mai bis 6. Juli 2019 durchgeführt wurde.

Es zeigte sich erneut – wie bereits in den Thüringen-Monitoren 2016, 2017 und 2018 – ein ambivalentes und in Teilen inkonsistentes Bild der Einstellungen im Hinblick auf die Demokratie. Bemerkenswert ist hierbei jedoch, dass die jungen Thüringer*innen im Alter zwischen 18 und 24 Jahren eine deutlich positivere Bewertung der Demokratie abgeben. Mit den älteren Altersgruppen teilen sie hohe Werte bezüglich Demokratieunterstützung und -zufriedenheit. Sie zeigen jedoch im Vergleich zu älteren Befragten eine größere Bereitschaft zu politischem Engagement, z.B. in Parteien oder bei Demonstrationen und sie sind deutlich seltener positiv gegenüber nichtdemokratischen Gesellschaftsalternativen und historischen Diktaturen in Deutschland eingestellt, was insbesondere für die DDR und den Sozialismus gilt.

Insgesamt liefert der Thüringen-Monitor 2019 im Hinblick auf die Entwicklung rechtsextremer Einstellungen jedoch besorgniserregende Befunde. Die Zustimmung zu einzelnen rechtsextremen Aussagen ist im Vergleich zu 2018 zum Teil deutlich angestiegen. Auf einem Höchststand befinden sich die Zustimmungswerte zur Überlegenheit der Deutschen und zur Verharmlosung des Nationalsozialismus. Auffällig ist, dass dieser Anstieg nicht alle Bevölkerungsgruppen in Thüringen gleichermaßen betrifft, sondern insbesondere Thüringer*innen aus mittleren Altersjahrgängen und in kleineren Städten bzw. in Dorfgemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern.

https://www.landesregierung-thueringen.de/fileadmin/user_upload/Landesregierung/Landesregierung/Thueringenmonitor/Thueringen-Monitor-2019-Zusammenfassung.pdf

Mitentscheiden

Aus der Landtagsdebatte zum Gesetzentwurf von Rot-Rot-Grün

Ein Gesetzentwurf der rot-rot-grünen Koalitionsfraktionen zum weiteren Ausbau der direkten Demokratie auf Landesebene hatte dem Thüringer Landtag in der Januar-Sitzung zur ersten Lesung vorgelegen. Damit haben LINKE, SPD und Grüne eine Initiative aus der vergangenen Legislatur erneut aufgegriffen. In der Begründung hatte die Sprecherin für Verfassung und Demokratie der Linksfraktion, Anja Müller, auf den jüngsten Thüringen-Monitor verwiesen und gesagt:

Die Menschen im Freistaat wollen nicht nur in Wahlen über Personen abstimmen, sie wollen vor allem auch in konkreten Sachfragen mitentscheiden können.“ Der Ausbau der direkten Demokratie, so unterstrich Anja Müller in ihrer Landtagsrede, „ist nämlich unverzichtbar, um die Demokratie in Thüringen lebendiger zu gestalten, um mehr Menschen zu mehr Interesse und Engagement für Politik zu bewegen. Gleichzeitig ist sie aber auch unverzichtbar, um bei emotionalen, manchmal sehr schwierigen Themen für mehr Akzeptanz bei den Menschen in Thüringen zu werben.“

Anja Müller: „Es ärgert mich tierisch, wenn Volksbegehren immer wieder vor dem Verfassungsgericht landen“

Die LINKE-Politikerin verwies auf die bisherigen Volksbegehren in Thüringen. Wenn man sich diese einmal anschaue, „dann haben sie doch gezeigt, wie die direkte Demokratie die Themendiskussion befeuern und bereichern kann; zwei gab es zum Ausbau der direkten Demokratie, eins für Verbesserungen bei den Kindergärten und eins für die sozialere Gestaltung von Kommunalabgaben. Viele engagierte Menschen bringen ihre Erfahrungen, ihr Sach- und Fachwissen direkt in die Diskussion ein. Unterschiedlichste Themengesichtspunkte werden intensiv und in allen Facetten von oben bis unten kritisch beleuchtet. Das ist doch ein spannendes Ringen um die besten Lösungen. So soll die lebendige Demokratie doch auch sein“.

Allerdings hätten diese Volksbegehren eines gemeinsam gehabt: Auch wenn sie inhaltlich irgendwann erfolgreich waren, immer musste der Landtag mit Gesetzentwürfen nachhelfen. „Und das lag am Finanzvorbehalt in unserer Verfassung. Denn die damaligen Regierungen haben mit Verweis auf das sogenannte Finanztabu die Begehren mit Klagen vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof gestoppt. Die Regelung, dass Volksbegehren zum Landeshaushalt nicht zulässig sind,

wird bisher vom Thüringer Verfassungsgerichtshof sehr ausgedehnt ausgelegt. Das bedeutet eben auch, Gesetze die eigentlich kaum mehr Kosten verursachen, sind im Wege des Volksbegehrens unzulässig, da angeblich ein Verstoß gegen das Budgetrecht des Parlaments vorliegt. Es ärgert mich tierisch, wenn Volksbegehren immer wieder wegen des Budgetrechts vor dem Verfassungsgericht landen. Das schadet der Glaubwürdigkeit von Demokratie und Verfassung. Da wird mehr versprochen, als die praktischen Instrumente tatsächlich bewirken können“, sagte die Abgeordnete in der Landtagsdebatte und verwies auf das Land Berlin und mögliche „Abhilfe aus diesem jahrelangen Thüringen-Dilemma“. Dort sind laut Landesverfassung lediglich Volksbegehren zum Landeshaushaltsgesetz unzulässig. „Und das Berliner Verfassungsgericht hat vor einigen Jahren – übrigens auch am konkreten Fall eines Kindergartenvolksbegehrens – im Detail entschieden, was das praktisch bedeutet. Danach ist nur der laufende, im Vollzug befindliche Landeshaushalt – also aktuell wäre das der Haushaltsplan in Thüringen 2020 – dem Volksbegehren entzogen. Nur für diesen hat das Landesparlament sein Budgetrecht bereits konkret ausgeübt. Soweit es für zukünftige Jahre noch kein Landeshaushaltsgesetz gibt, darf durch Volksbegehren und Volksentscheid auch über Gesetzesänderungen entschieden werden, die Geld kosten und Haushaltsmittel verbrauchen.“

Und der jetzt dem Thüringer Landtag vorgelegte rot-rot-grüne Gesetzentwurf übernimmt diese Berliner Lösung. Außerdem enthält er die Absenkung des Wahlalters für die Landesebene auf 16 Jahre, sozusagen als Synchronisierung zur kommunalen Ebene, aber auch zum Ausbau der direkten Demokratie. Denn in Thüringen sind auch das Wahlalter und das Abstimmungsalter bei Volksbegehren bzw. bei Volksentscheiden synchronisiert.

Zudem soll der bisherige Bürgerantrag in einen Einwohnerantrag umgestaltet werden. „Das bedeutet“, so Anja Müller, „dass alle Menschen in Thüringen ab ihrem 14. Geburtstag unabhängig von ihrer Staatsbürgerschaft zu einem bestimmten Thema einen Antrag an den Landtag stellen können und dann, wenn der Antrag von insgesamt 10.000 Menschen aus Thüringen unterstützt wird, muss sich das Parlament mit dieser Thematik beschäftigen“. Und es sollen die Quoren für Volksbegehren halbiert werden.

Beim Unterschriftensammeln in Eisenach für mehr direkte Mitbestimmungsrechte von Bürgerinnen und Bürgern - die LINKE-Landtagsabgeordnete Anja Müller, die auch Mitglied im Landesverband von Mehr Demokratie e.V. ist, zusammen mit Philipp Gliesing vom Landesverband.

„Das ist die Verantwortung“

Im Gespräch mit Birgit Keller (LINKE), Präsidentin des Thüringer Landtags

Sie wurden am 26.11.2019, also vor etwa drei Monaten als bundesweit erste Landtagspräsidentin der LINKEN in dieses Amt gewählt. Wie fühlt es sich rückblickend für Sie an?

Die Zeit vor und um den 26. November war schon sehr aufregend, weil die öffentliche Wahrnehmung für die erste LINKE Landtagspräsidentin natürlich groß war, auch über die Landesgrenzen hinweg. Ich bin viel befragt worden, auch zu meiner Biografie, die ja wie bei vielen anderen Ostdeutschen schon vor 1989 beginnt. Nach der Wahl war ich sehr erleichtert, als sich mit 52 Stimmen eine deutliche Mehrheit des Parlaments für mich ausgesprochen hat. Ich verbinde diesen Auftrag mit einer hohen Verantwortung, die eine Landtagspräsidentin auch als Dienstleisterin für das Parlament zu übernehmen hat.

Stehen Sie auch mit den Präsident*innen anderer Landesparlamente in regem Kontakt? Was wird miteinander besprochen?

Nach meiner Wahl habe ich von vielen Kolleginnen und Kollegen Glückwünsche erhalten und mich natürlich auch dafür bedankt. Wie auf ministerialer Ebene finden auch Landtagspräsident*innen-Konferenzen statt, wo sich alle Vorsitzenden der Länderparlamente treffen, um zu beraten und miteinander Beschlüsse zu fassen. Selbstverständlich hilft man sich auch untereinander bei technischen Problemen und sachlichen Unsicherheiten weiter.

Bei der Wahl von Thomas Kemmerich im dritten Wahlgang waren Sie eine der ersten Personen im Saal, die das offizielle Ergebnis kannte. Was ist Ihnen in diesem Moment durch den Kopf gegangen? Und wie konnten Sie so ruhig und gefasst bleiben bei der Verkündung und der anschließenden Vereidigung?

Ich habe mich viele Tage vorher intensiv auf die Wahl vorbereitet. Schließlich ist es schon ein besonderer Tag, wenn ein Parlament seinen Ministerpräsidenten wählt. Als Landtagspräsidentin muss ich die Rechtsgrundlagen kennen und wissen, welche Eventualitäten möglich sind. Trotzdem kam die Wahl von Herrn Kemmerich für mich sehr überraschend. Doch meine Rechtsgrundlage ist die Thüringer Verfassung und nach dieser habe ich an diesem Tag gehandelt. Aber natürlich war ich persönlich emotional sehr berührt und ich habe einige Zeit gebraucht, um überhaupt zu verarbeiten, was in dieser einen Minute oder in der einen Stunde des dritten Wahlgangs passiert ist.

Hätten Sie an diesem Tag der MP-Wahl damit gerechnet, dass Kemmerich so schnell seinen Rücktritt bekanntgeben und solch ein politisches Erdbeben entstehen würde?

Ich glaube, mit dieser Geschwindigkeit hat niemand gerechnet. Am nächsten Morgen schon eher, denn dann wurde langsam klarer, welches politische Erdbeben diese Wahl wirklich ausgelöst hat, auch mit Blick auf die spontanen bundesweiten Demonstrationen. Für mich war das Entscheidende, deutlich zu machen, dass wir möglichst alle rechtlichen Wege gehen, um demokratische Stabilität in Thüringen zu behalten. Dass Gräben gezogen werden, die am Ende nicht mehr zu schließen sind, das war und ist meine größte Sorge.

Solche Gräben sind ja durchaus in den vergangenen Wochen schon zwischen den Fraktionen aufgerissen worden. Was glauben Sie persönlich, wie können in dieser festgefahrenen Lage überhaupt Veränderungen erreicht werden?

In allererster Linie müssen die Abgeordneten an das Land Thüringen denken und nicht an ihre persönlichen Probleme. Und deshalb befürworte ich die Gespräche, die jetzt zwischen den Fraktionen stattfinden. Ich hoffe, dass diese verhindern können, dass es zu einer Endlosschleife der Handlungsunfähigkeit kommt. Denn die Menschen im Land haben ein Recht darauf, dass die Politiker*innen in ihrem Auftrag auch wieder gute Politik für den Freistaat machen. Das ist die Verantwortung, vor der alle stehen – ohne Ausnahme.

Wie sind Landtagspräsidentschaft und die Fraktionsarbeit miteinander vereinbar? Gibt es neben den Abstimmungen überhaupt konkrete Aufgaben, die Sie für die Linksfraktion übernehmen?

Selbstverständlich bleibe ich auch ein Mitglied meiner Fraktion. Ich nehme an den Fraktionssitzungen teil und bin auch beteiligt an den Entscheidungsfindungen. Über allem steht natürlich die Funktion als Landtagspräsidentin. In diesem Amt bin ich zur Neutralität verpflichtet. Mit der Landtagsverwaltung im Rücken erbringe ich die wichtige Dienstleistung, dafür Sorge zu tragen, dass jedes Mitglied des Landtages unabhängig von seiner Zugehörigkeit zur Fraktion auch seiner Aufgabe als Parlamentarier gerecht werden kann. Das ist der große Unterschied zu anderen Abgeordneten. Trotzdem wurde ich als LINKE gewählt, weil wir als stärkste Fraktion im Parlament das Vorschlagsrecht haben. Und somit bin ich die Landtagspräsidentin der Fraktion DIE LINKE, aber auch des gesamten Landtages.

Aktuell gibt es vier gewählte Vize-Präsident*innen. Wie funktioniert die Zusammenarbeit untereinander? Wer von ihnen würde die Vertretung übernehmen, falls Sie einmal Ihrer Arbeit nicht nachkommen können?

Hier gibt es klare Regelungen. In regelmäßigen Abständen tagt ein Gremium, das aus mir und dem übrigen Vorstand des Präsidiums besteht, um zum Beispiel die Vor- und Nachbereitung der Plenarsitzungen zu besprechen. Denn auch die Vize-Präsident*innen müssen in der Lage sein, eine Plenarsitzung zu leiten. Jedes Vorstandsmitglied ist vertretungsberechtigt, zum Beispiel wenn es um repräsentative Aufgaben im Land geht. Diese sind klar definiert und in der Geschäftsordnung verankert.

Können Sie uns abschließend einen kleinen Ausblick zu wichtigen Terminen, Anlässen oder Ausstellungen in naher Zukunft geben?

Thüringen wird 100 in diesem Jahr. Dieses Jubiläum werden wir natürlich begehen. Genauso wie wir sehr bald der Befreiung des Konzentrationslagers Buchenwald und Mittelbau Dora vor 75 Jahren - ein prägender und bedeutender Tag - gedenken. Am 5. April finden dazu in Weimar zahlreiche Gedenkveranstaltungen statt. Zudem erinnern wir in diesem Jahr an den 30. Jahrestag der Wiedergründung Thüringens nach der politischen Wende.

Wir sind jetzt als Landtag auch auf der Thüringen-Ausstellung auf der Erfurter Messe in der Zeit vom 29. Februar bis 8. März vertreten. Gerade in diesen Zeiten ist es besonders wichtig, hier präsent zu sein und die vielen Fragen der Menschen zu beantworten. Und natürlich haben wir das ganze Jahr über Ausstellungen im Landtag. Dafür gibt es zahlreiche Bewerbungen von Künstler*innen und Institutionen, die hier ausstellen möchten. Wir nehmen diese Angebote sehr gerne an, weil der Landtag ein offenes Haus für die Menschen in Thüringen sein soll und genau das wollen wir auch über die wechselnden Ausstellungen dokumentieren.

Das Gespräch führte Lukas Krause.

Über 1,44 Millionen Diäten-Euro gespendet

Eine ganz besondere Erfolgsbilanz des LINKE-Abgeordnetenvereins Alternative 54

Der LINKE-Abgeordnetenverein Alternative 54 Erfurt e.V. hat seit seiner Gründung im Jahr 1995 Spenden an vor allem soziale, künstlerische und Sportvereine und -projekte in Thüringen in Höhe von insgesamt mehr als 1,44 Millionen Euro ausgereicht.

So war der Landtagsabgeordnete Markus Gleichmann kürzlich im Tierheim Eisenberg, um Doreen Rheinländer vom Tierschutzverein Saale-Holzland-Kreis eine Spende zu übergeben (s. Foto).

Seit Inkrafttreten der Landesverfassung im Jahr 1993 kämpfte die LINKE gegen die automatische Erhöhung der Abgeordneten-Diäten, die in Artikel 54 geregelt ist. Eine Klage vor dem Thüringer Verfassungsgerichtshof war nicht erfolgreich, obwohl die damalige PDS-Fraktion argumentiert hatte, der automatischen Erhöhung der Diäten fehle die notwendige Transparenz gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern. Außerdem werde bei der Diäten-Anpassung von einer Datenbasis ausgegangen, die nicht den realen Einkommens- und Vermögensverhältnissen in Thüringen entspricht. Deshalb gründeten 1995 Abgeordnete der PDS den Verein „Alternative 54 Erfurt e.V.“, der einen Teil der Diäten-Erhöhungen zu sozialen Zwecken weitergibt.

Eine andere LINKE Aktion war die Weltmeisterschaftswette „Raus aus dem Abseits! Rein ins Leben!“ zur #FIFAWWC im vergangenen Sommer. Schlussendlich sollten damit Thüringer Mädchen- und Frauenprojekte unterstützt werden. Und so war es kürzlich der Landtagsabgeordneten Kati Engel eine Freude, dem Frauenhaus Eisenach aus dem Erlös der Wette eine Spende in Höhe von 1.000 Euro übergeben zu können (s. Foto).

Weitere Informationen unter:
www.alternative-54.de
Formlose Anträge können auch schriftlich eingereicht werden an: Thüringer Landtag, Fraktion DIE LINKE, Alternative 54 e.V., Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt

Willkommenskultur

Arbeitsmarkt

Wie die Thüringische Landeszeitung (TLZ v. 18.02) berichtete, lässt sich auf dem Arbeitsmarkt „im ländlichen Raum ohne Willkommenskultur kaum noch Nachwuchs finden“. Dabei berief sich die Zeitung auf den Geschäftsführer der für Thüringen zuständigen Regionaldirektion der Bundesagentur für Arbeit, Kay Senius, der erneut an die Menschen in Thüringen appelliert hatte, Migranten offen gegenüber zu stehen. Nach Angaben der Arbeitsagentur hat die Zahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Menschen eigentlich nur noch in den Städten entlang der Autobahn 4 zugenommen. Dagegen schrumpfte die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten unter anderem in den Landkreisen Hildburghausen, Sömmerda, Greiz und Gotha teilweise deutlich.
Für die Zunahme in den Regionen Mittelthüringens sei maßgeblich die Beschäftigung von Ausländern, was nicht nur Geflüchtete meine, sondern auch EU-Ausländer, verantwortlich. Aus den Daten der Arbeitsagentur gehe hervor, dass sie immer öfter Stellen besetzten, für die die Unternehmen andernfalls keine Mitarbeiter mehr finden würden. Vor diesem Hintergrund sei es für den ländlichen Raum unerlässlich, dass es dort eine „noch größere gesellschaftliche Offenheit gegenüber Fremden“ gebe, sagte Kay Senius. Das sei für diese Regionen „eine Überlebensfrage“. Wenn es dort nicht gelinge, eine echte Willkommenskultur zu entwickeln, würden Unternehmen kaum noch Nachwuchs finden.

„Einen starken Halt“

Geschichte der Thüringer Arbeiter*innen-Bewegung neu dargestellt

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen hat zwei neue Publikationen zur Geschichte der Thüringer Arbeiter*innen-Bewegung veröffentlicht, die Broschüren „Thüringer Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen“ und „Die sozialistische Arbeiterbewegung in Thüringen - Eine Zeitleiste“.

In der Broschüre „Thüringer Sozialdemokrat*innen und Kommunist*innen - Kontraste, Konflikte und Kooperationen in der Weimarer Republik“ beschreibt der Historiker Dr. Steffen Kachel auf Grundlage der bisher eher unbekannten Zusammenarbeit von SPD, USPD und kurzzeitig sogar der KPD in der Landesregierung zwischen 1921 und 1924 zwei auch für heute wichtige Aspekte. Erstens stellt er die immense Bedeutung stabiler linker Milieus für die Gesellschaft heraus. Da die Zeit der klassischen Wahlparteien vorbei zu sein scheint, braucht die gesellschaftliche Linke, wenn sie tatsächlich Veränderungen erreichen will, mehr denn je einen starken Halt durch alle Bereiche der Gesellschaft hindurch.

Zweitens zeigt er den „rot-roten Sonderweg“ auf, der von SPD, USPD und KPD damals gegangen wurde: einen Kurs zur engeren Zusammenarbeit der Parteien in Thüringen, der vom Kurs der Parteien im Reich abwich. Dadurch gab es immer wieder neue Möglichkeiten für Zusammenarbeit und Verständigung in der Thüringer Arbeiterbewegung. Auch heute ist angesichts der aktuellen politischen Umstände die Notwendigkeit sowohl starker linker Milieus als auch der Verständigung der gesellschaftlichen Linken untereinander aktueller denn je.

Aus Anlass der 100. Jahrestage der Novemberrevolution (1918), des Generalstreiks zur Niederschlagung des Kapp-Putsches (März 1920) und der Gründung des Landes Thüringen (Mai 1920) veröffentlichte die Stiftung zudem die Broschüre „Die sozialistische Arbeiterbewegung in Thüringen - Eine Zeitleiste zu politischen Ereignissen und Aktionen 1918 bis 1923“ und legt damit einen Überblick über wichtige Stationen und Ereignisse auf dem Weg von Revolution, Landesgründung und sozialistischer Reformpolitik sowie dem Weg der Arbeiterbewegung in Thüringen vor. Der Broschüre liegt eine Karte Thüringens mit den Ereignissen der Zeit bei.

Paul Wellsow

Die Publikationen können kostenfrei unter thueringen@rosalux.org bestellt oder auf www.th.rosalux.de heruntergeladen werden.

Ganztagsschule ausbauen

Torsten Wolf: Beschäftigungsbedingungen weiter verbessern

Die Linksfraktion im Thüringer Landtag hatte die Aktion der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) am Rande der letzten Landtagssitzung zu den Arbeitsbedingungen der Erzieher*innen an den Thüringer Schulhorten unterstützt und zum Anlass für eine Aktuelle Stunde im Plenum genommen.

Der Freistaat Thüringen hat im Bereich der ganztägigen Bildung und Betreuung an den Grundschulen seit 30 Jahren als einziges Bundesland mit der pädagogischen und organisatorischen Einheit von Grundschule und Hort ein Alleinstellungsmerkmal“, so hatte es Torsten Wolf, Sprecher für Bildungspolitik der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag (s. Foto), betont und auf den Bruch durch landespolitische Entscheidungen der CDU im Jahr 2008 verwiesen.

„Mit dem Zurückholen der Horte in den Landesdienst im Jahr 2016 durch Rot-Rot-Grün wurden die Beschäftigungsumfänge der kommunalen Erzieher*innen gesichert und mit jedem Haushalt die Bedingungen für Erzieher*innen kontinuierlich verbessert. Dies führte dazu, dass die Erzieher*innen derzeit durchschnittlich auf 70-Prozent-Stellen arbeiten können. Diesen Weg der Verbesserung wollen wir weiter fortsetzen“, sagte Torsten Wolf und unterstrich: „Auch künftig wollen wir ganztagsschulische Angebote stärken, das heißt konkret, auch das Hortangebot auf die Klassen fünf und sechs zu erweitern. Zusätzlich soll der Beschäftigungsumfang für Erzieher*innen in Richtung 100 Prozent ausgedehnt werden können.“

Der zum Zeitpunkt der Landtagsdebatte am 29. Januar geschäftsführende Thüringer Minister für Bildung, Jugend und Sport, Helmut Holter (LINKE), hatte in seiner Rede ebenfalls den in Thüringen bestehenden Rechtsanspruch betont und gesagt: „Jedes Kind hat den rechtlichen Anspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule. Das ist ein Wert an sich und darauf bin ich schon mal stolz. Zweitens – auch darüber haben Rednerinnen und Redner schon gesprochen – haben wir eine zehnstündige Betreuungsmöglichkeit. Das führt zu den geteilten Diensten. Das ist so. Das befriedigt mich nicht und daher muss es Abänderungen geben. Aber allein dass wir, um die Erwerbstätigkeit von Müttern und Vätern zu ermöglichen, diese Ganztagsbetreuung über zehn Stunden ermöglichen, ist ein weiterer Wert, den Thüringen hat.

Und den möchte ich auch nicht aufgeben, meine Damen und Herren. Es hat etwas mit Vereinbarkeit von Privatem und Beruflichem zu tun, es hat etwas damit zu tun, dass Frauen und Männer gleichermaßen und gleichberechtigt einer Erwerbstätigkeit nachgehen können. Das ist ein grundlegender Unterschied zumindest zu dem, was die AfD, aber auch Kollege Tischler von der CDU hier formuliert hat.“

Reden der Abgeordneten und Minister unter: www.thueringen-landtag.de/plenum/protokolle

Petitionen für Neuwahl

Veröffentlichung auf der Online-Plattform des Thüringer Landtags

In den vergangenen Tagen und Wochen erreichten den Thüringer Landtag zahlreiche Petitionen, die Neuwahlen in Thüringen fordern. Der Petitionsausschuss des Thüringer Landtags hat am 20. Februar beschlossen, diese Petitionen auf der Online-Petitionsplattform zu veröffentlichen.

Die Petitionen zeigen, dass die Bürgerinnen und Bürger im Land empört sind über die Wahl von Thomas Kemmerich zum Ministerpräsidenten, da dies eine völlige Verkehrung des Wählerwillens darstellt. Die Petitionen sagen deutlich, dass die Menschen in Thüringen umgehend selbst bestimmen wollen, wie ein neuer funktionsfähiger Landtag zusammengesetzt sein soll. Es wird Zeit, dass CDU und FDP endlich Verantwortung übernehmen und den Weg zur Neuwahl freimachen“, sagte Anja Müller, Sprecherin der Linksfraktion für Justiz, Verfassung, Demokratie und Petitionen.

Mit der Veröffentlichung der Petitionen auf der Landtagsinternetseite haben alle Menschen die Möglichkeit, ihrer Forderung nach Neuwahlen Ausdruck zu verleihen und die Petitionen mitzuzeichnen. Kommen in einem Zeitraum von sechs Wochen 1.500 Unterschriften für eine Neuwahl zusammen, kann es zu einer öffentlichen Anhörung im Thüringer Landtag kommen, zu der die Petenten ihr Anliegen vorbringen können.

Erläuterung: Laut Wikipedia ist eine Petition (lateinisch petitio Bittschrift, Gesuch, Eingabe; bildungssprachlich auch Adresse) ein Schreiben (eine Bittschrift, ein Ersuchen, eine Beschwerde) an eine zuständige Stelle, zum Beispiel eine Behörde oder Volksvertretung. Dabei kann grundsätzlich unterschieden werden zwischen Ersuchen, die auf die Regelung eines allgemeinen politischen Gegenstands zielen (z.B. den Beschluss oder die Änderung eines Gesetzes durch das Parlament, die Änderung einer Verfahrensweise in einer Behörde), und Beschwerden, die um Abhilfe eines individuell erfahrenen Unrechts (z.B. eine formal zwar zulässige, aber als unverhältnismäßig empfundene Behördenentscheidung) bitten. Die Zulässigkeit von Petitionen ist ein allgemein anerkannter Bestandteil der demokratischen Grundrechte eines jeden Bürgers.

https://petitionen.thueringer-landtag.de/

Kommen Sie in Kontakt

LINKE-Fraktion im Thüringer Landtag

Immer auf dem Laufenden bleiben! Mehr Infos über die Arbeit unserer Landtagsfraktion finden Sie hier:

Parlamentsreport

Alle zwei Wochen erscheint der ParlamentsReport der Fraktion DIE LINKE als Beilage zur Thüringer UNZ – Unsere neue Zeitung (www.unz.de). Darin finden Sie unsere wichtigsten Themen, aktuelle Gesetzesinitativen, Auszüge aus Landtagsreden, Berichte über Aktionen und Veranstaltungen, Hintergrundinformationen und vieles mehr. Online können Sie die aktuelle Ausgabe, sowie alle alten Ausgaben jederzeit im Internet nachlesen (www.die-linke-thl.de/nc/mediathek/parlamentsreport).

Web 2.0

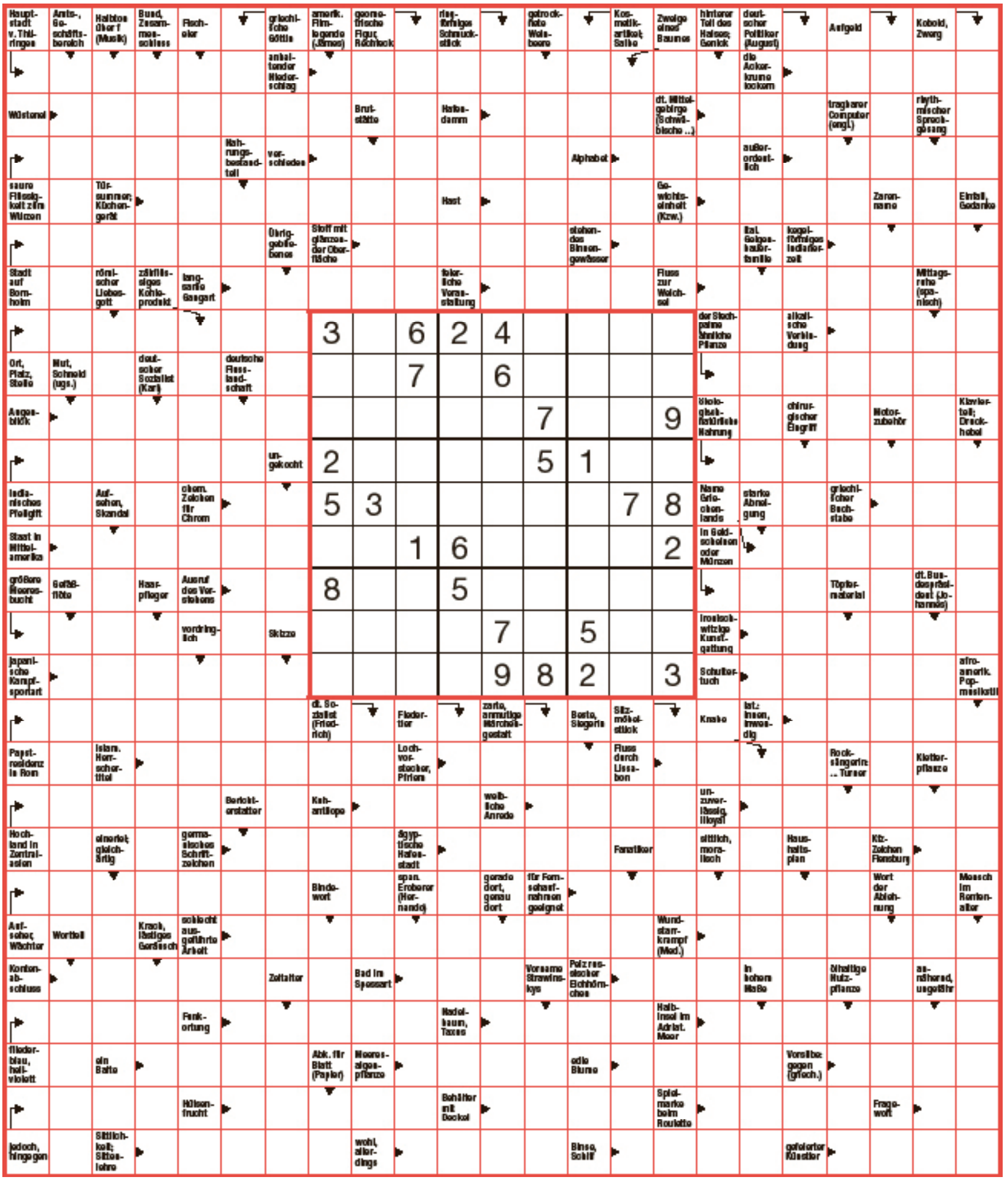
Aktuelle Informationen über die Arbeit unserer Fraktion finden Sie auch auf www.twitter.com/Linke_Thl und bei www.facebook.com/linke.Thueringen, Videos von Reden und Aktionen bei www.youtube.com/Linksfraktionthl sowie Fotos unter www.flickr.com/linksfraktion-thueringen.

Video-Livestream

Einen Video-Livestream von den meist einmal im Monat stattfindenden Plenarsitzungen des Thüringer Landtages finden Sie während der Sitzungen auf unserer Webseite (www.die-linke-thl.de) und auf der Internetseite des Landtages (www.landtag.thueringen.de) eingeblendet. Dort finden Sie auch die Termine der Sitzungen.

Im Internet

Aktuelle Infos aus unserer Fraktion, Pressemitteilungen, die Kontakte zu unseren Abgeordneten, Termine, Reden und Anträge unserer Fraktion, Broschüren und Flugblätter sowie Hintergrundinfos zu unseren Positionen finden Sie im Internet unter www.die-linke-thl.de.



Impressum HERAUSGEBER: Fraktion DIE LINKE. im Thüringer Landtag, Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt | REDAKTION: Olaf Weichler (V. i. S. d. P.), Telefon: 0361 377-2620, Fax: 0361 377-2321, E-Mail: weichler@die-linke-thl.de, Internet: www.die-linke-thl.de | Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Materialien übernimmt die Redaktion des »Parlamentsreports« keine Haftung. Sie behält sich das Recht der auszugsweisen Wiedergabe von Zuschriften vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. | GESTALTUNG: Uwe Adler, Weimar, www.facebook.com/gestaltunguweadler